

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1993)

Artikel: Nach uns die Sintflut? : Planungskultur in Wende-Zeiten
Autor: Steckeweh, Carl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anspruch und Wirklichkeit

Unmittelbar nach der Wende wuchs bei vielen die Hoffnung, „Dialog und Kooperation zu erreichen mit dem gemeinsamen Interesse, Gutes zu bewahren und zu entwickeln, Überholtes deutlich zu machen und abzustreifen und neue Wege zu einer demokratischen Planungs- und Baukultur in ganz Deutschland aufzuzeigen“. (Dessauer Erklärung vom 24. Juni 1990)

Drei Jahre später ist von diesen Hoffnungen und Erwartungen, die sich an die Verantwortlichen in unserem Staat richteten, wenig übrig geblieben. Der Euphorie der ersten Wochen und Monate folgte schon bald die Willkür der gefürchteten Macher und Nischensucher aus dem Westen, die ohne Rücksicht und Anstand über das neue Land herfielen und die „Gunst der Stunde“ nutzten. Sie hatten als erste erkannt, daß

die meisten der 7.565 Städte und Gemeinden die gewonnene Planungs- und Finanzhoheit mangels Masse an Fachleuten, Kapital und anderen Ressourcen gar nicht wahrnehmen können und mit den neuen Anforderungen völlig überfordert sind,

das komplizierte und weitgehend übergestülpte Planungs- und Baurecht Westdeutschlands von ostdeutschen Kommunen nicht umgesetzt werden und der „Wink mit dem Zaunpfahl“ (Arbeitsplätze und Steuern) zum Alibi für jede bauliche Sünde werden kann.

Auf diesem „Nährboden“ entstanden und entstehen an den Stadträndern bis zur Grenze des Unerträglichen die Retorten-Bauten des neuen Wohlstands für den „Aufschwung Ost“. Private Investoren nutzten alle sichtbaren und unsichtbaren Grauzonen, um eine Außenentwicklung zu ihren Gunsten und zu Lasten der geschundenen Innenstädte zu fördern. Allein der Begriff „Investor“ verbreitet bei vielen Kommunalpolitikern offenbar noch immer große Ehrfurcht und den Geruch der so lange entbehrten Marktwirtschaft. Jedem Dorf sein Gewerbegebiet, jeder Provinzstadt ein Golfplatz, jedem Stadtteil ein Zentrum, Wohnungsbau für Führungskräfte. Die arglosen Politiker sind auf der Jagd nach der schnellen Steuermark, gerade so, als ob den Nachbargemeinden nicht die gleichen oder ähnlich windige Anfragen sog. Investoren vorlägen, für die Sozialpflichtigkeit und Umweltverträglichkeit Fremdworte sind. Sie treten –

unter der Parole „Arbeitsplätze schaffen“ – an mit der ihnen eigenen Anonymität und mit dem Segen der Treuhand. Sie verdrängen die seriösen Bauherren und Unternehmer und setzen die ohnmächtigen Kommunen mit „zukunftsorientierten Projekten“ unter Druck – natürlich ohne Abstimmung eigentums- und planungsrechtlicher Probleme, ganz zu schweigen von Fragen der Standorteinbindung und der Baukultur. Dabei ist es besonders hinderlich, daß eine kommunale Grenzen überwindende Regional- und Landesplanung, die diesen Egoismus überwinden könnte, allenfalls in den Kinderschuhen steckt. Vielmehr lassen besonders kleinere Kommunen – im absurden Konkurrenzkampf gegen größere um das Gewerbesteueraufkommen – eine bauliche Entwicklung mit gestaltlosen Kisten und Containern zu, deren negative Folgen für das Landschaftsbild schon bald unabsehbar sein dürften.

Daß die Akzente des „Aufschwungs Ost“ anders zu setzen gewesen wären, ist mittlerweile auch den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft klar. Denn gerade die sichtbare Erneuerung der Städte und Dörfer in der ehemaligen DDR könnte die Hoffnung der Bürger fördern, neue Identität stiften und bleibende Werte für das Staatswesen schaffen. „Altbaumodernisierung und Stadtbau sind besonders arbeitsintensiv und an den Ort gebunden. Diese Arbeit kann nur – im Gegensatz zu vielen anderen Produktionen – in Ostdeutschland geleistet werden. Bei der drohenden Massenarbeitslosigkeit kann mit den dringend notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen über Jahre Arbeit für mindestens eine Mio. Menschen geschaffen werden. Dadurch können neue Strukturen zum Vorteil der gesamten Gesellschaft aufgebaut, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen mehr als durch andere Investitionen gefördert werden.“ (Dessauer Erklärung vom 24. Juni 1990)

Eher das Gegenteil ist eingetreten; fast ein Drittel der Erwerbstätigen ist arbeitslos, nahezu alle Strukturen sind zusammengebrochen, kulturelle und soziale Einrichtungen sind an vielen Orten geschlossen worden. Die Milliardenzuschüsse aus öffentlichen Mitteln fließen mit entsprechender Wertschöpfung weitgehend in die Kassen westdeutscher Unternehmen, die in Ostdeutschland zwar verkaufen, aber keineswegs produzieren, um dauerhafte Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Vorzeichen des freien Binnenmarktes

Erste Auswirkungen des sich ankündigenden Binnenmarktes sind in Ostdeutschland schon heute erkennbar. Der Traum vom wirtschaftlich und kulturell vereinten (aber wohl eher zerfließenden) Europa – von heute auf morgen politisch gewollt und verordnet – soll mit der Eigendynamik von Kommerz und Konsum verwirklicht werden. Harmonisierung aller Gesetze und Liberalisierung allen Handelns ist das erklärte Ziel der Brüsseler Eurokraten, das nur diejenigen stören kann, die vermeintlich überflüssigen Dingen wie Kunst und Kultur oder Architektur und Umweltgestaltung nachhängen. Denn: Wo die freie, eben nicht soziale Marktwirtschaft den Hebel ansetzt, wird – wie in Ostdeutschland – manches dran glauben müssen. Daß diese EG-Energien bisher mehr auf die Produktion immer neuer Hemmnisse und absurdesten Verordnungen verschwendet wurden, wird keiner bestreiten wollen. Zu groß ist die Zahl von Beispielen einer ungeheuren Ressourcenvergeudung, die das bisherige Wirken der Europäischen Gemeinschaft bestimmt hat.

Im Bauen soll der Investor den Profit des ab 1993 ganz freien Wettbewerbs ernten können. Schließlich kann er schon heute auf dem deutschen Baumarkt die besten Angebote unter den Städten, die sich mit Subventionen und Steuervorteilen für Industrieansiedlung überbieten, auswählen. Nichts ist in Ostdeutschland mehr gefragt als das Kapital privater Investoren, für die Rendite und Preiswettbewerb im Vordergrund stehen. Sie haben kein Interesse an nationalen Bedingungen wie staatlich abgesicherte Honorar- und Wettbewerbsordnungen, die in Ostdeutschland – im Vorgriff auf den Binnenmarkt – besonders pervertiert werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Binnenmarkt zu entscheidenden Veränderungen im Baugeschehen führen wird. Bauliche Sünden und damit Umweltzerstörung und Gestaltlosigkeit ungeahnten Ausmaßes werden die Folge dieser Entwicklung sein.

„*Wer die Macht hat, hält die Stadt.*“ (Aristoteles)⁴

Damit diese Befürchtungen sich nicht bewahrheiten, muß es zu intensiveren und neuen Formen des Dialogs der unmittelbar am Baugeschehen Beteiligten über Zielfindungsprozesse unter Berücksichtigung der unverzichtbaren Gewalt-

teilung im Planen und Bauen kommen. Die Gründe für die Forderung nach mehr Dialog im Bauen sind hinlänglich bekannt:

Die öffentliche Hand geht zunehmend dazu über, Bauherrenaufgaben zu delegieren und Gebäude nicht mehr in eigener Verantwortung zu erstellen, sondern den wachsenden Flächenbedarf in der Regel ohne Qualitätsanforderungen, wohl aber mit Preis- und Kostenvorgaben über Miete, Leasing, Kauf oder in Form von Public-Private-Partnership zu realisieren.

In dieser Situation offeriert sich öffentlichen, aber auch privaten Bauherren und Unternehmen der freien Wirtschaft eine Heerschar von Managern, Developern und Steuerern, General- und Totalübernehmern. Diese Unternehmer behaupten zwar, alles steuern, regeln, kontrollieren und vermeintliche Kosten- und Termingarantien (zu Lasten ihrer Subunternehmer und Auftraggeber) geben zu können. Letztlich aber tragen sie natürlich nicht das finanzielle Risiko. Sie sind meist keine Treuhänder der Bauherren, sondern nutzen allzuoft nur deren Hilf- und Orientierungslosigkeit aus. Manche dieser Bauherren sind Investoren institutionellen Zuschnitts (Versicherungen, Banken, offene und geschlossene Immobilienfonds, Pensionskassen, Bauträger mit Erwerbermodellen etc.), die auf eigene Rechnung oder für andere bauen (lassen) und den Planungs- und Bau-prozeß in erster Linie als Prozeß wirtschaftlicher Optimierung verstehen.

Die unabhängige und treuhänderische Planungsleistung freier Architekten ist von dieser Entwicklung maßgeblich vor allem dann betroffen, wenn die fehlende Trennung von Planung und Ausführung dem Architekten keine Kontrolle der Kosten, Termine und Qualitäten zuläßt. Hinzu kommt, daß der Bauablauf gerade bei Großprojekten in den letzten Jahren immer komplizierter geworden ist und Fragen der Organisation eine immer größere Rolle spielen. Diese Veränderungen beeinflussen auch die Rolle des freien Architekten im Planungs- und Bauablauf. Als Treuhänder des Bauherrn hat er sowohl im klassischen Fünfeck des Bauablaufs als auch bei neueren Vergabeformen, deren wesentliches Merkmal die Hinzuziehung weiterer Bauherrenvertreter ist, zwar vorrangig die Ziele seines Auftraggebers zu verfolgen. Gleichwohl muß er aber gerade dann, wenn noch andere Disziplinen eingeschaltet sind, eine Interessenabwä-

gung in vielerlei Hinsicht anstellen. Dies ist zu erreichen, wenn einerseits der Architekt über das entsprechende Know-how verfügt und wenn andererseits folgende Voraussetzungen für einen störungsfreien Ablauf des Planungs- und Bauprozesses erfüllt sind:

klare und umfassende Programmvorgabe als Aufgabenstellung,
rechtzeitige Entscheidungen durch den Bauherrn oder seine Vertreter,
Beauftragung qualifizierter Architekten und Ingenieure, auskömmliche Honorierung zur Sicherung ordnungsgemäßer Leistungserfüllung,
rechtzeitiges Festlegen von Qualitätsmerkmalen und Standards,
rechtzeitige und schlüssige Finanzierung,
klare Kompetenzaufteilung.

In Ostdeutschland fehlen die meisten dieser Voraussetzungen, so daß verschiedene Modelle zur Beschleunigung des Planungs- und Bauprozesses entwickelt worden sind. Es handelt sich dabei in der Regel um spezielle Verfahren zur „Aufbereitung“ von Grundstücken in Ostdeutschland, die sich im Besitz der Treuhand befinden und für die kein Flächennutzungs- oder Bebauungsplan vorliegt. Das „Berliner Modell“ beruht zum Beispiel auf sog. Entscheidungskonferenzen, bei denen die Beteiligten erst wieder auseinandergesprochen werden sollen, wenn sie sich über die jeweilige Nutzung der Grundstücke geeinigt haben.

Innerhalb von zweieinhalb Monaten müssen Ausschreibung und Zuschlag erfolgt sein, um lange Entscheidungsphasen zu vermeiden. Vor der Ausschreibung berät eine Steuerungsgruppe die Bauausnutzung und deren städtebauliche Verträglichkeit. Aus dem Beratungsergebnis entsteht eine verbindliche Aussage über die spätere Nutzung der zu veräußernden Liegenschaft.

Die neue Losung scheint wieder zu heißen: rationell, schnell und billig. Worte wie Qualität, Kreativität, Treuhänderschaft sind bei diesen Verfahren fehl am Platze. Der Zweck heiligt die Mittel. Das Gemeinwohl wird dem Individualinteresse geopfert. Gerade so, als ob die Gegenwart um fast jeden Preis die Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes verbauen wollte. Gerade so, als ob die gebaute Umwelt von morgen spätestens heute gebaut werden müßte. Denn: Zeit ist schließlich Geld.

Spuren großer Unübersichtlichkeit

Ob die neuen Modelle zur Beschleunigung und auch Außerkraftsetzung „normaler“ Planungs- und Bauabläufe Erfolge zeitigen und ob damit ein besserer Dialog über große Planungs- und Bauaufgaben zustande kommt, muß schon heute bezweifelt werden. Daß aber neue und vielfältige Wege zu einer demokratischen Baukultur in Deutschland beschritten werden müssen, steht außer Frage. Wie schwierig diese Wege sind und mit welchen Enttäuschungen sie verbunden sein können, unterstreichen Erfahrungen und erlebte Alltagsgeschichten eines Nichtarchitekten unter Architekten:

Ausbeutungsverfahren:

Ein japanischer Großkonzern will eine Niederlassung für ca. 50 Mio. DM in Deutschland-Ost bauen, lädt vier Architekten aus London, Frankfurt und Köln ein – und bittet um Erarbeitung von Ideenskizzen und Vorentwürfen, nachdem die Hardware-Fragen (Eigentum, Grundstück, Recht) mit den Behörden abgeklärt worden sind. Die deutschen Architekten fragen schüchtern und unter Hinweis auf die Honorar- und Berufsordnungen, die kostenlose Leistungen nicht zulassen, nach der Honorierung und treffen auf einen völlig überraschten Bauherrenvertreter, der überhaupt nicht an eine Honorierung denkt, zumal die englischen Kollegen mit einem derartigen Ansinnen gar nicht erst gekommen sind.

Interventionen bleiben ohne Antwort, ein Anwalt droht mit Abmahnung und Verleumdungsklage; die Architekten aus Frankfurt und Köln stehen vor der Tür, zwei andere aus Berlin, deren Namen man natürlich nicht erfährt, springen ein. Vier Beiträge, die jeweils mit ca. 200.000 DM honoriert werden müßten, werden kostenlos erbracht.

Sitte und Moral? Wer fragt schon in diesen Zeiten danach.

Wettbewerb ex und hopp:

Es ist der erste Wettbewerb nach der Vereinigung. Auslober sind ein großer Hotelkonzern und sein Investor, Teilnehmer jeweils sechs Büros aus Ost- und Westdeutschland, die Arbeitsgemeinschaften gebildet haben. Die Aufgabe ist reizvoll, der Standort für einen Wettbewerb gut geeignet. Die Auslobung sagt allen zu, das Preisgericht kürt eine sehr gute

Arbeit, die Preisverleihung ist ein kleines Ereignis, die Presse berichtet in großer Aufmachung.

Bei der Preisverleihung fällt jemand auf, der das Ergebnis mit ironischen Bemerkungen kommentiert. Drei Wochen später erfährt man aus der Zeitung die Gründe. Er war einer von vier Grundstückseigentümern, zu denen auch die Stadt gehörte. Am Tag der Preisverleihung war es ihm gelungen, dem Stadtkämmerer ohne Wissen des Planungsdezernenten das städtische Grundstück zu einem Spottpreis abzukaufen. Damit war das Projekt „gestorben“. Der namhafte Hotelier trauerte den vertanen Chancen nach, der Investor hatte 800.000 DM verloren, die guten Arbeiten der betroffenen Architekten landeten in den Schubladen der Verwaltung wie viele andere Konzepte und Entwürfe, die ohne Kenntnis der Ausgangsbedingungen in den letzten drei Jahren entstanden sind.

Der Kämmerer (natürlich aus dem Westen) wurde im übrigen mit einer Stimme Mehrheit in seinem Amt bestätigt.

Workshop-Fieber:

Nahezu jede größere Stadt in Ostdeutschland hat inzwischen mit Hilfe privater Investoren und mit geringen öffentlichen Mitteln sog. Workshops über anspruchsvollste städtebauliche Aufgaben veranstaltet. Das Workshop-Fieber grassiert längst, nachdem die Kommunen erkannt haben, daß sie auf diese krumme Tour zu fast kostenlosen Planungsleistungen unter dem hehren Ziel, die örtliche Planungskultur und die Zusammenarbeit zwischen ost- und westdeutschen Architekten zu fördern, kommen. Die Arbeiten („Es sind ja nur Ideenskizzen!“) werden in Gegenwart der drei am Freitag einfliegenden Weisen aus dem Abendland (sprich Westdeutschland), die als Obergutachter fungieren, der Presse vorgestellt, eine Woche öffentlich präsentiert (nichts geht über Aktionismus und Bürgerbeteiligung, obwohl kaum jemand kommt) und manchmal sogar in einer zu kaufenden Broschüre publiziert.

Die Mitglieder des Rates der Stadt können in Tageszeitungen nachlesen, wie die Verwaltung qualifizierte Architekten gewonnen und „ausgenommen“ hat. Denn natürlich folgt nicht der von den Architekten erhoffte Auftrag oder der angekündigte Wettbewerb. Und auch die guten „Kontakte“, die vornehmlich westdeutsche Architekten zu privaten Investoren und ostdeutschen Kommunen durch „Vorleistungen“ herstellen wollen, brechen genauso schnell wieder zusammen wie sie zufällig oder durch sog. Bewerbungen

geknüpft worden sind. Alles bleibt unverbindlich, weil weder eine Stadtentwicklungskonzeption besteht noch Ratsbeschlüsse getroffen sind. Ein Planungsrecht existiert ohnehin nicht, und erst hinterher erfahren die vermeintlich arglosen Planer, daß Eigentumsansprüche noch gänzlich ungeklärt sind. Zwanzig Architekten haben vier Tage bei geringer Aufwandsentschädigung und Erstattung der Reisekosten bewußt oder auch unbewußt geistige Selbstaussbeutung – manche nennen es Training – betrieben und haben erst allmählich die Erkenntnis gewonnen: Es war nichts anderes als reine Verschwendung von Ideen, Zeit und Geld, letztlich eine „Werkstatt“, die weder die Ost-West-Kooperation noch die örtliche Planungskultur gefördert hat.

Gutachterverfahren – gut und billig:

Fast noch beliebter als Workshops, die bei entsprechenden Voraussetzungen und vorab getroffenen verbindlichen Entscheidungen von Rat und Verwaltung durchaus die Grundlage von Wettbewerben und Direktbeauftragungen bilden könnten, sind sog. Gutachterverfahren, die dem „Auslober“ alle und den Teilnehmern keine Rechte belassen.

Das Beispiel: Die Bausumme des stadtbildprägenden Großprojekts wird vage mit 1 Mrd. DM angegeben. In der Auslobung wird höchste Bauqualität und hohe Funktionalität zu geringen Kosten bei einer Fertigstellung innerhalb von drei Jahren erwartet. 20 Büros werden zur Vorqualifikation eingeladen, von denen einige – der Etikette wegen – aus Ostdeutschland kommen. Das Honorar inkl. Nebenkosten und ohne MWSt. beträgt 20.000 DM. 17 Obergutachter, darunter ein freier Architekt in hoher Funktion und fünf pensionierte beamtete Architekten aus Westdeutschland, ermitteln die engere Wahl mit fünf Büros, die 200.000 DM für eine vorentwurfsähnliche Leistung erhalten. Viele der Obergutachter favorisieren eine Arbeit, die besondere Qualität aufweist, können sich aber (natürlich) nicht erdreisten, den ausschließlich an Funktionalität und termingerechter Ausführung interessierten Auslober eine andere Arbeit mit Ritter-Sport-Qualität auszureden. Schließlich sind sie als Fachgutachter auch nur eine Minderheit. Das Sagen haben die Funktionäre, die die Sache schon vor der Sitzung unter sich ausgemacht hatten. Nach der Honorarordnung, die allein maßgeblich bei Gutachterverfahren ist, hätte jeder der Teilnehmer der zweiten Stufe Anspruch auf ein Honorar von ca. 3 Mio. DM gehabt. Sie haben sich mit 7% davon „abfinden“ lassen – in der Erwartung des großen Kuchens,

den nun ein einziges Büro – natürlich aus Westdeutschland – „schluckt“.

Bewerbungsverfahren als Alibi:

Eine „in Grün eingebettete“ Stadt für 30.000 Menschen soll geplant und bis zum Jahr 2000 gebaut werden. Weil die Verwaltung mit mehr als 5.000 Mitarbeitern überfordert ist, wird eine Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung und einem Geschäftsführer aus der überforderten Verwaltung gegründet. Die Gesellschaft lädt jeweils fünf ausländische, ortsansässige und Büros aus anderen deutschen Städten mit vierwöchiger Frist zu einem zweitägigen „Bewerbungsverfahren“ ein. Erwartet wird die Präsentation bisheriger Arbeiten und ein „aussagekräftiges Exposé mit Ideenskizzen zum Standort, das die Planungsabsichten und die Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Büros für diesen Standort dokumentiert“. Jedes Büro hat zur Erläuterung seines vorher eingereichten Exposés vor dem Aufsichtsrat der Gesellschaft, kommunalen Gremien, Immobilieneigentümern, Sachverständigen und Fachpresse 20 Min. Zeit. Die Auswahl von fünf Büros, die in einem „konkurrierenden Gutachterverfahren ihre Vorschläge und Entwürfe“ darstellen, trifft ein Gremium, dem renommierte Architekten und Stadtplaner angehören, die sich von der Seriosität des Verfahrens „überzeugt“ haben.

Für die erste Präsentation erhalten die Büros eine Aufwandsentschädigung von DM 2.000,- und eine Sachkostenspauschale von DM 3.000,- sowie Reise- und Aufenthaltskosten von DM 1.000,- bzw. DM 1.500,-. Das Gutachterverfahren soll innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden.

Proteste der Architekten oder von Mitgliedern des Auswahlgremiums? Zwei Büros konspirieren im Vorfeld und wollen nicht mitmachen. Aber die Macht des Faktischen hat längst zugeschlagen. Wer zum Kreis der Teilnehmer oder zu den Obergutachtern, von denen die namhaftesten längst abgesagt haben, gehört und dennoch Beschwerde führt, verliert nicht nur diese Chance. Schließlich braucht man jeden Auftrag. Denn es hat sich selbst in Architektenkreisen herumgesprochen, daß die Baukonjunktur im Westen schon bröckelt und man den guten Aufträgen im Zuge der West-Ost-Wanderung hinterherreisen muß.

Solidarität? Ein Fremdwort unter Architekten, die dennoch von ihren Organisationen ständiges Engagement für die hehresten der Ziele des Berufsstandes verlangen, deren Pro-

klamierung sie bei öffentlichen Veranstaltungen jederzeit – nur nicht in eigener Sache – mit schöner Regelmäßigkeit einfordern und lauthals unterstützen.

Demokratie ohne Bauherr?

Die Beispiele zeigen, daß von neuer Planungskultur schon längst keine Rede mehr sein kann. Eher Unkultur und Wildwuchs beherrschen die Szene – trotz aller Aktivitäten und Milliarden-Zuschüsse des Bundes und auch der Länder, trotz politischer Seelenmassage und Gesundheitsbetriebe. Ein Konsens über die Notwendigkeit qualitativer – und nicht nur quantitativer – Entwicklung in Verbindung mit einer neuen Planungs- und Baukultur ist noch längst nicht erreicht. Anspruch und Wirklichkeit klaffen in einem Ausmaß auseinander, das nur abgebrühte Realisten erwartet hatten, weil für Neubeginn und Aufschwung wichtige und unerläßliche Voraussetzungen bis heute von den politisch Verantwortlichen nicht erfüllt worden sind. Fatalismus und alle Klagen über diese Situation helfen nicht weiter.

Wenn aber ausgerechnet der Staat mit besonderer Akribie Planungs- und Baukultur ver- und behindert, können die fachkundigen Bürger, genannt Architekten und Stadtplaner, nicht länger zusehen, ohne sich mitschuldig zu machen.

Die *Neue Wache in Berlin*: Der Bundeskanzler und sein Haushistoriker entscheiden, daß der Bau von Schinkel mit Heinrich Tessenows hochgerühmter Neuinterpretation aus dem Jahr 1931 (Ergebnis eines großen Wettbewerbs) ohne öffentliche Anhörung der zahlreichen Betroffenen-Verbände zur zentralen Mahn- und Gedenkstätte umgebaut wird.

Das Gedenken an die „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ soll durch eine vierfach vergrößerte Skulptur (Pietà von Käthe Kollwitz, die die Künstlerin in Erinnerung an ihren gefallenen Sohn schuf) symbolisiert werden.

Alle Proteste bleiben ohne Reaktion. Schon während des beginnenden kritischen Dialogs, den die Medien (und keinesfalls die Oppositionsparteien, die der Anmaßung längst klammheimlich zugestimmt haben) auslösen, werden Fakten geschaffen und die Spuren des Vergangenen ausgelöscht. Schließlich sind die Kronzeugen – aus den Veteranenverbänden – längst aufmarschiert. Ihre Forderungen nach Dornenkronen und Götterdämmerung, die 1984/85 noch abgewehrt werden konnten, werden erfüllt. Sie werden die Kulisse bei

der Eröffnung am 14. November 1993 bilden, wenn sich nicht noch in letzter Minute die Ansichten anderer durchsetzen sollten.

Beim *Zeughaus in Berlin* sind die Würfel längst gefallen. Der 450 Millionen teure Anbau für das Deutsche Historische Museum wird ohne Wettbewerb errichtet, wie die Bundesbauministerin und der Regierende Bürgermeister einvernehmlich gegen Rat und Protest von Politikern aus den eigenen Reihen und namhafter Fachleute aus dem Freien Beruf und der Verwaltung entschieden haben. Wahlaktischer Aktionismus überwindet eben alle Einsichten, und das Zeit-Argument gegen Wettbewerbe überzeugt trotz besseren Wissens mittlerweile auch die meisten der noch nach Idealen Trachtenden. Der „Aufschwung Ost“ muß durch Kräne sichtbar werden.

Auch die beiden Wettbewerbe für den „*Spreebogen*“ und den *Reichstag* in Berlin haben ihre Geschichte schon hinter sich. Beim Reichstags-Wettbewerb wurden die ersten drei Preisträger, die sich wie alle anderen Teilnehmer mit einem völlig überzogenen Raumprogramm auseinandersetzen mußten und deswegen in Presse und Politik verhöhnt wurden, mit einer Überarbeitung beauftragt. Plötzlich war „small is beautiful“ angesagt. Auf der Grundlage eines gänzlich anderen Raumprogramms entschied der Bundestag mit Hilfe seiner beamteten Exekutive gleich selbst, was er will – ohne die Fachpreisrichter des Wettbewerbs. Da alle schon wieder auf dem Weg zu neuen Taten waren, interessierte nur noch das (gute) Ergebnis, der Kommet war unerheblich geworden.

Beim Spreebogen-Wettbewerb sollte sich ähnliches ereignen, weil der Bundeskanzler und einige Abgeordnete anderer Meinung waren als die Fachpreisrichter, die sich eindeutig für eine Arbeit ausgesprochen hatten. Die Entscheidung über die überarbeiteten Entwürfe wollten die öffentlichen Bauherren wieder allein treffen. Erst als öffentlicher Protest („... unbegreiflich, daß nach dieser intensiven Zeit des Debattierens in diesem demokratischsten und offensten aller Foren für die Ideen die Regierung die Stirn hat, die Entscheidung in Zweifel zu ziehen...“) namhafter ausländischer Architekten, die im Preisgericht mitgewirkt hatten, bekannt wurde, gab es ein Einlenken. „Eine bössere Kritik an Demokraten, die eine demokratisch errungene Entscheidung freier Geister zu hintergehen versuchen, kann man sich schwerlich vorstellen. Doch der großartige, so viele Chancen eröffnende, so viele Freiheiten lassende Entwurf

des Ersten läßt sich nur dann gegen die banalen Vorstellungen Bonner Politiker und Baubeamter verteidigen, wenn sich die Architekten unter den Juroren der Nachsitzung (...) nicht verweigern, sondern sich für ihn stark machen.“ – schrieb Manfred Sack in der „Zeit“ vom 18. Juni 1993. Seine Mahnung hatte Erfolg. Einige Fachpreisrichter nahmen noch einmal ohne Auftrag teil, bestätigten in schöner Einmütigkeit mit Politikern und Bürokraten den Entwurf des ersten Preisträgers und verhinderten einen Skandal.

Mit diesen Fällen soll nicht der Eindruck erweckt werden, als ob nur Berlin in dieser Chronik der Mißachtung von Sitte und Moral und der Verunglimpfung freier Architekten vertreten sei. Problemlos könnten Beispiele aus nahezu allen Bundesländern hinzugefügt werden, die samt und sonders den Eindruck verstärken, daß die Demokratie als Bauherr immer mehr versagt, weil Politik und Verwaltung ihre selbst aufgestellten Spielregeln zur Förderung der Qualität im Planen und Bauen pervertieren.

Der nicht vergessene Fall „Expo Sevilla“ liefert dafür den besten Beweis:

Ein von der Fachwelt bejubelter erster Preis wurde angeblich aus Kostengründen einer wirklich billigen Lösung geopfert, die unser Ansehen in der Welt keineswegs mehrte und noch dazu Kosten verursachte, die doppelt so hoch waren, wie ursprünglich veranschlagt.

Konsequenzen? Keine. Trotz vehementer und sachlicher Kritik keine Antwort der Inkompetenten und Ungebildeten, die diese Entscheidung zu verantworten hatten. Sie sitzen aus, stellen sich keinem öffentlichen Dialog und exekutieren weiter nach ihrem Belieben. Mit Demokratie hat diese Tat-Kraft schon längst nichts mehr zu tun. Was bleibt, ist Hoffnung auf bessere Zeiten und einen Konsens über Ziele und Wege der städtebaulichen Entwicklung und Erneuerung unter folgenden Prämissen: politische Verantwortung der gewählten Volksvertreter, Subsidiarität als Grundsatz staatlichen Handelns, Transparenz und Offenlegung aller Planungs- und Bauabsichten öffentlicher und privater Investoren, bauliche Qualität als Anspruch der Gesellschaft an die beauftragten Architekten und die Verwaltung. Eine Gesellschaft, die ein Recht hat auf eine mit hoher Qualität gebaute Umwelt als Ergebnis seriöser Verfahren. Denn nur mit hoher Planungskultur wird diese Gesellschaft den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen sein.